

6/SN-46/ME 1 von 3

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601 488/1-V/5/84

An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n

BUNDESGESETZENTWURF	
5. GS/1984	
Datum: 12. MRZ. 1984	
1984 -03- 13 <i>framer</i>	

Dr. Esterer

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

MATZKA

2395

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Ver-
sorgungssicherungsgesetz;
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt als Anlage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bun-
desgesetzes, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz geändert
wird.

Beilagen7. März 1984
Für den Bundeskanzler:
BERCHTOLDFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601 488/1-V/5/84

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

MATZKA

2395

70.530/2-VII/4a/84
26. Jänner 1984

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Ver-
sorgungssicherungsgesetz;
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst teilt zu dem mit oz. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz geändert wird, mit, daß dagegen aus der Sicht seines Wirkungsbereiches zu Art.II Z 4 folgende Einwendungen bestehen:

Durch die Neufassung des § 14 soll offenbar eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Meldedaten zum Zweck der Versorgungssicherung geschaffen werden. Da dies im vorliegenden Fall nur hinsichtlich der Bundespolizeibehörden geschieht, müssen aus datenschutzrechtlichen Gründen folgende grundsätzliche Erwägungen angestellt werden:

Die Verwendung von Daten, die für einen bestimmten Zweck ermittelt wurden (z.B. für das Melderegister, für die Wählerevidenz), für andere Zwecke (z.B. für die Versorgungssicherung) stellt immer eine Übermittlung im datenschutzrechtlichen Sinne dar. Daher werden Daten aus der Wählerevidenz oder dem Melderegister auch dann übermittelt, wenn sie für Zwecke der Versorgungssicherung von derselben Gemeinde verwendet werden, die die Wählerevidenz oder das Melderegister führt.

- 2 -

Vor diesem Hintergrund ist es datenschutzrechtlich unzureichend, nur die Übermittlung von Meldedaten durch Bundespolizeibehörden zum Zweck der Versorgungssicherung gesetzlich zu regeln. Es müßte vielmehr eine gesetzliche Grundlage für alle Datenübermittlungen zum Zweck des Aufbaus einer Evidenz für Versorgungssicherung geschaffen werden; § 7 Abs.2 DSG kann nach der vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst immer vertretenen Auffassung, daß diese Bestimmung nur die Datenübermittlung in konkreten Verfahren (Anlaßfällen) abdeckt, als Rechtsgrundlage für die vorliegende Datenübermittlung nicht herangezogen werden.

Es wird daher vorgeschlagen, in § 14 vorzusehen, daß für Zwecke der Versorgungssicherung von den Gemeinden eine Evidenz der zu versorgenden Bevölkerung zu führen ist; zum Zweck der Führung dieser Evidenzen sind von den zuständigen Meldebehörden die Meldedaten einschließlich der jeweiligen Änderungen an die Gemeinden zu übermitteln.

Abs.2 könnte entfallen, da die technische Form des Datenträgers bei Übermittlungen datenschutzrechtlich neutral ist.

7. März 1984
Für den Bundeskanzler:
BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. Berchtold', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.